



ReachOut

Berlin, 26.06.2017

Kampagne Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

JUSTIZWATCH

Beusselstr. 35 (Hinterhaus 4. Etage)

10553 Berlin

info@reachoutberlin.de

info@kop-berlin.de

Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Dr. Dirk Behrendt

Salzburger Straße 21-25

10825 Berlin

poststelle@senjust.berlin.de

Kritischer Brief über die Zustände am Amts- und Landgericht Tiergarten aus Sicht der Öffentlichkeit

Sehr geehrter Herr Dr. Behrendt,

als kritische Öffentlichkeit bzw. Begleitende von Opfern nehmen wir seit einigen Jahren unser Recht wahr, an Prozessen (vornehmlich an Strafprozessen) in und um Berlin teilzunehmen. Dabei gilt unser Interesse zum einen den Verfahrensabläufen sowie der allgemeinen Organisation im Gericht. Zum anderen beobachten wir den Umgang der Verfahrensbeteiligten mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen.

Durch den steten Besuch im Kriminalgericht Moabit mussten wir leider feststellen, dass einige Zustände vor Ort die Öffentlichkeit darin einschränken, ungehindert Gerichtsprozesse zu verfolgen sowie Informationen zu Terminen und Urteilen zu erhalten. Das hat beispielsweise zur Folge, dass Details einer Verhandlung im Zuhörer- und Zuhörerinnenbereich akustisch und visuell teilweise nicht nachvollzogen werden können oder dass Ausfalltermine und Raumänderungen nicht rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Wir wenden uns nun an Sie, mit der Bitte, die folgenden von uns zusammengetragenen Mängel sorgfältig zu prüfen und ggf. einer Änderung zu unterziehen.

Technische Ausstattung:

1. Der Informationsgehalt auf der Internetseite des Amtsgerichtes ist dürftig und bietet nicht die Möglichkeit aktuelle Prozesstermine bzw. Änderungen einzusehen. Des Weiteren sind einige Informationen veraltet und es fehlen spezifische Informationen für die Presse.
2. Es gibt keine Urteile auf der Internetseite, welche für die Öffentlichkeit einsehbar sind.

Vorschlag: Erneuerung der Internetseite und Ausbau der Informationen





3. Die mangelnde technische Ausstattung und die schlechte Akustik in vielen Gerichtssälen hat zur Folge, dass einige Verfahrensabläufe, die teilweise ganze Zeugenbefragungen umfassen, nicht nachvollzogen werden können.
4. Es werden Beweismittel am Richterpult in Augenschein genommen, welche für die Öffentlichkeit nicht einsehbar sind und etwaige Gesprächsteile können im Zuhörerraum nicht verstanden werden.

Vorschlag: Einsatz von modernen Gerätschaften zur Projektion oder Verstärkung der Stimmen (Projektoren, Mikrofone, Schallminimierung)

Organisatorische Hindernisse:

1. Das Mitschreiben bei besonderen Verhandlungen wird durch die speziellen Regeln erschwert. So darf in einigen Fällen nur ein Bleistift und ein Blatt Papier bzw. kein Anspitzer in den Gerichtssaal genommen werden (Hinweis: BGH- Urteil v. 13.05.1982, Az.: 3 StR 142/82).
2. Der Zugang zum Sicherheitsbereich ist erschwert. So finden sich in diesem Bereich keine Toiletten. Auch die Beschilderung ist teilweise irreführend.
3. Nicht alle Sitzungssäle haben einen barrierefreien Zugang.
4. In einigen Fällen vergessen Justizbeamte oder Justizbeamtinnen (bei einem gesonderten Zugang für Zuhörerinnen und Zuhörer), die Tür zum Gerichtssaal zu öffnen.
5. Einige Verhandlungsräume sind für die Prozessgröße und den Zuschauerandrang zu klein.
6. Die Sicherheitskontrollen sind teilweise langwierig, sodass es nicht allen Zuschauenden möglich ist rechtzeitig zur Verhandlung zu erscheinen, selbst, wenn alle zu Einlassbeginn vor dem Gericht anstehen.
7. Die Zuständigkeiten, beispielsweise bei Pressebelangen, sind teilweise diffus und unübersichtlich.

Vorschlag: Vereinfachung des Zuganges für die Öffentlichkeit und Schulung des Personals. Qualifiziertere Besetzung des Informationsschalters und Einführung von Lageplänen. Umzug in größere Verhandlungsräume bei vermehrtem öffentlichen Interesse.

Laut Gerichtsverfahrensgesetz hat die Öffentlichkeit das Recht an Gerichtsverhandlungen teilzunehmen. Aus diesem Grund bitten wir hiermit um technische und organisatorische Weiterentwicklungen, insbesondere am Standort Turmstraße, um dieses Recht auch in Zukunft gewährleisten zu können. Wir erwarten eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Vertreterinnen und Vertreter von ReachOut, KOP und JUSTIZWATCH

